

**ÖSTERREICHISCHES INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

„Vorträge und Aufsätze“

Heft 25

**Probleme der
österreichischen Wirtschaftspolitik
an der Jahreswende 1966/67**

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter

des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1967

Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik an der Jahreswende 1966/67

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Leiter

des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Wien 1967

Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik an der Jahreswende 1966/67

Gliederung

	Seite
Nach den Nationalratswahlen vom 6. März 1966: Für ein langfristiges Konzept der österreichischen Wirtschaftspolitik	3
Diagnose der österreichischen Wirtschaft Ende 1966	6
Für „mittleren“ Kurs der Wirtschaftspolitik	13
Akkordierte Einkommens-, Budget-, Währungs- und Kreditpolitik	16
Beseitigung von Strukturschwächen	20
Exportoffensive	23
Koordination der verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen	27

Probleme der österreichischen Wirtschaftspolitik an der Jahreswende 1966/67

von

Prof. Dr. Franz Nemschak

Vortrag, gehalten vor Mitgliedern und geladenen Gästen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung am 19. Dezember 1966 im Wiener Konzerthaus (Mozartsaal).

Die österreichische Wirtschaft befindet sich an der Jahreswende 1966/67 konjunktur- und strukturpolitisch in einer diffizilen und prekären Lage. Ein Vortrag, wenige Tage vor dem Heiligen Abend und am Beginn des neuen Jahres mag ein passender Anlaß sein, Einkehr zu halten und zu überlegen, wie die schwierigen Aufgaben bewältigt werden könnten.

Nach den Nationalratswahlen vom 6. März 1966: Für ein langfristiges Konzept der österreichischen Wirtschaft

In meinem *letzten Vortrag* hier im *Konzerthaus*, Ende März dieses Jahres, wenige Wochen nach den Nationalratswahlen und wenige Tage vor der Bildung der neuen Regierung, als man noch nicht wußte, daß die ÖVP allein regieren und die SPÖ in die Opposition gehen wird, hatte ich das *Wirtschaftswachstum* in den Mittelpunkt meiner Ausführungen gestellt.

An der Spitze stand die These, daß die *Zukunft Österreichs in hohem Maße vom Wachstum seiner Wirtschaft abhängt*. Ich wies darauf hin, daß die Wachstumsaussichten der österreichischen Wirt-

schaft leider nicht günstig seien, vor allem, weil die österreichische *Industriestruktur* ungewöhnliche Schwächen aufweise. Besonders in der *verstaatlichten Industrie* sei der notwendige Anpassungsprozeß an die raschen internationalen Veränderungen der Produktions- und Bedarfsstrukturen bisher auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen.

Außerdem gebe es, so führte ich aus, viele andere *ungelöste Probleme*, wie die *Investitionsfinanzierung, den Abbau der Subventionen, die Sanierung der Bundesbahnen*, die Sicherung einer ausreichenden *Energieversorgung* zu optimalen Bedingungen, die Hebung von Produktivität und Einkommen in der *Landwirtschaft*, größere Anstrengungen auf dem Gebiete *Bildung und Forschung*, eine nicht nur oberflächliche *Verwaltungsreform*, Reformen in der *Bauwirtschaft*, insbesondere in der *Wohnungswirtschaft*, ein langfristiges *Straßenbaukonzept*, Aufbau und Erhaltung einer glaubwürdigen *Landesverteidigung*, die Notwendigkeit einer modernen *Regionalpolitik* und *aktiven Arbeitsmarktpolitik*, schließlich vorbeugende *Maßnahmen gegen Naturkatastrophen*.

Ich vertrat die Auffassung, daß die notleidende österreichische *Industriestruktur* nur bereinigt und ein guter Teil der anderen wirtschaftlichen Probleme, die ich angeführt habe, nur dann konstruktiv gelöst werden kann, wenn die in hohem Maße vom Außenhandel und von geistig-wissenschaftlichen Impulsen abhängige österreichische Wirtschaft *möglichst eng mit dem dynamischen Wirtschaftsraum der EWG verbunden* werde.

Der Prozeß der Umschichtung von Arbeitskräften und Kapital aus minder leistungsfähigen, strukturell notleidenden und defizitären Bereichen und Betrieben in expansionsfähige könne nur unter zwei Voraussetzungen gelingen:

Erstens durch Verschärfung des Wettbewerbes im Inneren, der zu Konzentration und Kooperation, Rationalisierung, Spezialisierung, Qualitätsverbesserung, Kostensenkung und Verbilligung der Produkte zwingt,

zweitens durch verbesserte Absatzmöglichkeiten auf einem großen und kaufkräftigen Markt.

Beide Voraussetzungen (schärfere Importkonkurrenz und bessere Exportchancen) treffen aber *nur bei einer organischen und dauer-*

haften Verbindung mit der EWG zu, nicht aber bei einer nur losen Verbindung in der EFTA.

Schließlich hatte ich ein *längerfristiges Wirtschaftskonzept* empfohlen, weil die verschiedenen, höchst komplizierten konjunktur- und strukturpolitischen Probleme anders kaum bewältigt werden können.

Dieses Konzept sollte der Regierung als Orientierungsbehelf und Lenkungsinstrument dienen, gleichzeitig aber auch Unternehmer, Verbandsfunktionäre und die Öffentlichkeit über die Absichten der Regierung informieren und zu aktiver Mitarbeit anspornen. Grundsätzlich müsse es ein *marktwirtschaftliches* Konzept sein, es werde indes *viele Elemente wirtschaftspolitischer Planung und Koordinierung* enthalten.

Die Verwirklichung dieses längerfristigen Konzeptes, das auf eine *schöpferische Synthese marktwirtschaftlicher und planwirtschaftlicher Elemente* hinausliefe, sei ein *nationales Anliegen*. Es erfordere die *loyale Zusammenarbeit aller positiven Kräfte* im Lande, eine *handlungsfähige und entschlußfreudige Regierung* und ein *beschlußfähiges Parlament*, aber auch, so möchte ich heute hinzufügen, eine *konstruktive Opposition*.

Nicht zuletzt, so resümierte ich, hänge der Erfolg von der verantwortungsbewußten *Zusammenarbeit der Sozialpartner* (Unternehmer und Arbeiter) ab. Die *Paritätische Preis-Lohn-Kommission* und der aus ihr hervorgegangene *Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen* mit seinen Arbeitsausschüssen seien bereits wichtige Ansatzpunkte einer *Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaftspolitik*. Wiewohl sich nach den Wahlen vom 6. März das Schwergewicht der wirtschaftspolitischen Aktivitäten wieder auf die Hoheitsebene verlagern werde, bleibe die aktive und konstruktive Mitarbeit und Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner in der Wirtschaftspolitik unentbehrlich.

Seit März hat sich vieles geändert, so daß ich die *Akzente anders setzen* will. Die Analyse der gegenwärtigen Konjunkturlage kommt zu dem Ergebnis, daß die österreichische Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren der *Geldwertstabilität* und dem *Zahlungsbilanzausgleich* keine geringere Aufmerksamkeit schenken muß als dem Wirtschaftswachstum. Regierung und Parlament, wirtschaftliche Körper-

schaften und Bevölkerung müssen sich zur Erkenntnis durchringen, daß ein *optimales Wirtschaftswachstum auf die Dauer nur auf der Grundlage einer gesunden Währung möglich ist.*

Diagnose der österreichischen Wirtschaft Ende 1966

Oberflächlich betrachtet war 1966 kein schlechtes Jahr. Die Wirtschaft ist real um gut 4% gewachsen, eine Wachstumsrate, die gar nicht so übel ist, wenn man die vielen Schwächen unserer Wirtschaftsstruktur, die Diskriminierung in der EWG und die vielen ungelösten Probleme bedenkt, die mittelbar oder unmittelbar die Produktivität unserer Wirtschaft hemmen.

Die „Familie Österreicher“ will sich jedoch mit diesen 4% nicht begnügen, sondern versucht, verwöhnt durch den bis 1960 weit kräftigeren Aufschwung der österreichischen Wirtschaft, mit allen Mitteln ihren Lebensstandard (bei weniger Arbeit und perfekter sozialer Sicherheit) rascher zu verbessern, als *augenblicklich* real möglich ist, ohne sich viel Gedanken zu machen, wohin das führt.

1965 war die österreichische Wirtschaft (teilweise infolge von Unwetterkatastrophen) real nur um 3% gewachsen, während Löhne, Gehälter und Masseneinkommen um 9% bis 10% und die Verbraucherpreise um 5% stiegen.

1966 wuchs die Wirtschaft real um 4%, Löhne, Gehälter und Masseneinkommen aber stiegen wieder um 9% bis 10%, obwohl sich die Verbraucherpreise (dank billigen Saisonprodukten) nur um 2% erhöht haben.

Für die Beurteilung der Konjunktur ist wichtig, daß in beiden Jahren die *Unternehmergewinne*, aus denen hauptsächlich die Investitionen finanziert werden, *stagnierten*. Es mag durchaus zutreffen, daß in den letzten Jahren die Löhne nur den Vorsprung aufholten, den die Gewinne in der Wachstumsperiode der fünfziger Jahre gewonnen hatten. Dieser Prozeß ist aber offensichtlich an einem Punkt angelangt, wo jede weitere Schmälerung der Erträge der expansions-trächtigen und exportorientierten Unternehmungen auf Kosten des Wachstums und der Zahlungsbilanz geht.

1967 wird die österreichische Wirtschaft, je nachdem, welche Wirtschaftspolitik verfolgt wird, real nur um 1% bis 3% wachsen; die bisherige Prognose (4%) dürfte auf Grund verschiedener Überlegungen zu optimistisch sein. Die Herbstsaison der österreichischen Wirtschaft ist nur mäßig angelaufen, die Verflachung der Konjunktur im Westen, insbesondere in Deutschland, beeinträchtigt die österreichischen Exporte, und die Erwartungen der heimischen Wirtschaft sind wenig zuversichtlich.

Nach dem letzten Investitionstest des Institutes (Dezember) wird die *Industrie* 1967 um 7% weniger investieren als 1966. Nahezu alle Industriezweige, von wenigen Branchen abgesehen, kündigen eine geringere Investitionstätigkeit an, die verstaatlichte Industrie ebenso wie die private. Die *Bauwirtschaft* ist offensichtlich durch die jüngsten Vorfälle irritiert und will ihre Investitionen sogar um 30% einschränken. Obwohl im *Bundesbudget* 1967 viel höhere Investitionsausgaben vorgesehen sind (+29%; *Bahn* und *Post* sogar +40% bis +50%) und auch die *Elektrizitätswirtschaft* etwas mehr (+13%) investieren will, wird die Gesamtwirtschaft 1967 voraussichtlich real nur wenig (2%) mehr investieren als heuer.

Dagegen werden die *Verbraucherpreise* 1967 trotz mäßiger Konjunktur, wenn sich die Löhne ähnlich entwickeln wie heuer, um 4% bis 5% steigen, weil sich u. a. der Abbau der Subventionen, die Erhöhung der Tarife und die kräftigen Lohnerhöhungen der letzten Jahre auswirken werden. Sollten sich infolge ungünstiger Witterung auch die Saisonprodukte wieder verteuern wie 1965, dann wird der Verbraucherpreisindex noch stärker steigen. Er ist heuer nur deshalb relativ wenig gestiegen (etwas mehr als 2%), weil die Saisonprodukte sehr billig waren; ohne Saisonprodukte war der Preisindex um 3¹/₂% höher als im Vorjahr.

Der Preisauftrieb, der Österreich 1967 droht, wäre weniger bedenklich, wenn er auch die anderen Länder heimsuchte. Das ist jedoch nicht mehr der Fall! Frankreich, Italien, England und die Schweiz haben bereits vor zwei Jahren, zum Teil sehr energisch, ihre Währungen zu stabilisieren begonnen, die Bundesrepublik Deutschland, Holland, Belgien, Dänemark und andere Länder sind im Laufe dieses Jahres gefolgt. Selbst die USA hatten vorsichtig einen Restriktionskurs eingeschlagen. Die EWG wird noch vor Weihnachten beschlie-

ßen, daß ihre Mitgliedländer 1967 Preis- und Lohnerhöhungen unbedingt vermeiden und die öffentlichen Haushalte ihre Defizite abbauen sollten. Jenen Ländern, die sich bereits einer ruhigen Preisentwicklung erfreuen, wird dringend nahegelegt, die Wirtschaft auf keinen Fall durch Maßnahmen zu beleben, die einen neuen Preisauftrieb zur Folge hätten.

Mag sein, daß die internationale Tendenz zur Geldwertstabilisierung durch die Wirtschafts- und Finanzpolitik der neuen Regierungskoalition in Bonn etwas abgeschwächt wird. Bundeskanzler *Kiesinger* stellte in seiner Regierungserklärung eine Lockerung der Kreditrestriktionen durch die Bundesbank, eine fühlbare Senkung des Diskontsatzes (derzeit 5%, in Österreich 4 5/8%) und eine Belebung der öffentlichen Investitionstätigkeit in Aussicht. Bekanntlich haben die Deutsche Bundesbank und die Budgetpolitik bisher einen scharfen Restriktionskurs verfolgt.

Es wäre m. E. ein grober Fehler, wenn Österreich die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik immer nachahmte. Erstens darf man nicht übersehen, daß auch die Regierung *Kiesinger-Brandt* Geldwertstabilität als ebenso wichtiges Ziel betrachtet wie Wirtschaftswachstum. Vor allem aber befindet sich Österreich in einer zum Teil völlig anderen Situation als die deutsche Bundesrepublik. Österreich steht vor einem neuen Preisauftrieb, in der Bundesrepublik beginnt sich der Preisauftrieb abzuschwächen; in Österreich sind die Exporte rückläufig, die Importe nach wie vor sehr hoch und die Leistungsbilanz zunehmend passiv, in der Bundesrepublik ist es umgekehrt: Die Exporte steigen wieder stärker, die Importe bleiben gedämpft, und die Leistungsbilanz ist wieder hochaktiv. In der Bundesrepublik war es darauf angekommen, einen Investitionsboom in der Industrie zu dämpfen, in Österreich stagniert die Investitionstätigkeit in der Industrie seit 1961, was damit zusammenhängt, daß die Industriestruktur in der Bundesrepublik von Ausnahmen abgesehen (wie Kohlenbergbau) gesund und expansionskräftig ist, in Österreich aber weit weniger. In der Bundesrepublik gibt es Anzeichen einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt (mehr Arbeitslose, weniger offene Stellen), in Österreich ist davon noch nichts zu bemerken.

Österreichs Wirtschaftspolitik darf sich daher durch die allerjüngste Entwicklung in der Bundesrepublik nicht irremachen lassen

Sie ist nach wie vor gezwungen, der übermäßigen Geldentwertung Einhalt zu bieten, weil Österreich sonst zwangsläufig aus der internationalen Preisentwicklung ausscheren würde, mit allen Nachteilen, die sich daraus für ein Land ergeben, das in so hohem Maße vom Außenhandel abhängt. Die Lockerung der konjunkturpolitischen Zügel in der Bundesrepublik kommt unseren Bedürfnissen zwar entgegen, aber nur dann, wenn wir auf die Sicherung des Geldwertes mehr Wert legen.

Ein Blick auf unsere *Handels- und Zahlungsbilanz* zeigt, daß ich nicht ein Gespenst an die Wand male, sondern von einer realen Gefahr spreche.

Seit der erfolgreichen Stabilisierung der Währung im Jahr 1952 bis vor kurzem schien Österreich allen Zahlungsbilanzsorgen enthoben zu sein. Bis 1964 war die österreichische Leistungsbilanz (Handels- und Dienstleistungsbilanz) leicht, die Kapitalbilanz sogar hoch aktiv, die Gold- und Devisenreserven der österreichischen Wirtschaft wuchsen von 500 Mill. S Ende 1951 auf mehr als 32 Mrd. S Ende 1964. Ein Abfluß von 4 Mrd. S Devisen in den Jahren 1965 und 1966 wäre unbedenklich und sogar begrüßenswert, wenn dadurch auf lange Sicht das Wachstum und die Produktivität der österreichischen Wirtschaft gefördert worden wären.

Leider wurden die Devisen nicht ausschließlich für diesen vernünftigen Zweck verwendet. Der Abfluß der Devisen läßt vielmehr eine ungünstige Produktionsstruktur zurück, die sich in einem *anhaltenden Defizit* der österreichischen *Leistungsbilanz* äußert.

Von 1964 bis 1966 ist das Passivum der österreichischen Handelsbilanz von 11 Mrd. S auf 18 Mrd. S hinaufgeschneit und wird 1967 voraussichtlich 20 Mrd. S überschreiten. Gleichzeitig sind die Überschüsse der Dienstleistungsbilanz (dank dem aktiven Fremdenverkehr) bei ungefähr 12 Mrd. S stationär geblieben, so daß die *Leistungsbilanz* 1966 bereits ein Defizit von 5 Mrd. S aufweist, das 1967, wenn die bisherige Entwicklung anhält, 8 Mrd. S erreichen wird.

Hält Österreichs schleichender Geldwertschwund an, während die anderen Länder ihre Währungen stabilisieren, so verlieren wir über kurz oder lang zuviel Gold und Devisen. Wir würden bald in einer ähnlichen Lage sein wie gegenwärtig *England*, das zu drastischen

wirtschaftspolitischen Restriktionen Zuflucht nehmen mußte. (Kürzung der Kredite und Budgetausgaben, Erhöhung der Verbrauchsteuern, rigoroser Preis- und Lohnstopp sowie die Entlassung von einigen Hunderttausend Arbeitskräften.) Aber was für England in seiner insularen Lage, mit einer Bevölkerung von 50 Mill., mit seinen viel größeren wirtschaftlichen Ressourcen und seinem viel höheren Lebensstandard, seinem internationalen Prestige und Kredit eine schmerzliche Anpassungskrise sein mag, könnte für *Österreich*, in seiner geographischen Lage, mit einer Bevölkerung von nur 7 Mill. Menschen und seinem viel geringeren Eigengewicht eine tödliche Gefahr sein.

Gott sei Dank ist der Weg in eine so gefährliche wirtschaftliche Krise kein unentrinnbares Schicksal. Wir haben es noch immer in der Hand, die Schwierigkeiten ohne übermäßige Opfer und ohne Gefährdung unserer staatlichen Existenz zu meistern, wenn wir nur einigermaßen vernünftig handeln.

Untersucht man das *Defizit in der österreichischen Leistungs- und Zahlungsbilanz* näher, so kommt man zunächst zu folgendem Ergebnis: Die relativ ungünstige Entwicklung der Exporte im Jahrfünft 1960/65 ist nur zu einem geringen Teil darauf zurückzuführen, daß die Preise in Österreich stärker stiegen als im Ausland; von 1960 bis 1965 sind die Verbraucherpreise in Österreich um 21% und in den Ländern der EWG und EFTA durchschnittlich um 19%, also nicht viel weniger gestiegen. Dieser Fünfjahresdurchschnitt ist jedoch trügerisch, denn Österreich hat gerade in den letzten Jahren, einschließlich 1965, stärker inflationiert als viele andere Länder. Im Jahr 1967 würde Österreich vollends aus der internationalen Preisentwicklung ausbrechen, wenn wir nicht rechtzeitig der Preisstabilisierungstendenz in den anderen Ländern Rechnung tragen

Aber das steht noch in den Sternen. Zunächst gilt, daß die rapide Verschlechterung der österreichischen Handelsbilanz in den letzten Jahren nicht in erster Linie auf die heimische Preisentwicklung, sondern auf andere Faktoren zurückzuführen ist. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte die *Abschwächung der Konjunktur* in Westeuropa. Die *Hauptursachen* jedoch waren *strukturelle Schwächen* der österreichischen Wirtschaft und die immer stärkere *Diskriminierung* der österreichischen Exporte in die EWG.

Wichtige österreichische Ausfuhr Güter, wie Holz, Eisen, Stahl und Papier, sind nicht mehr so begehrt wie früher, auch unsere Maschinen und Verkehrsmittel genügen oft nicht mehr den höheren Ansprüchen im Ausland. In Österreich gibt es auch zu wenig leistungsfähige Großbetriebe, die imstande wären, in großem Stile zu forschen, neue Projekte in großen Serien herzustellen und zu günstigen Zahlungsbedingungen zu exportieren. Auch die explosive Steigerung der *Importe* geht, von Sondereinflüssen abgesehen (wie erhöhte Nahrungsmittelfinfuhren infolge schlechter Ernten), größtenteils darauf zurück, daß wir im eigenen Land zu wenig hochwertige Konsumgüter und moderne, forschungsintensive Investitionsgüter erzeugen, die in steigendem Maße nachgefragt werden. In der Textil- und Eisenindustrie ist auch der Anteil der Massengüter zu hoch, die im Ausland billiger erzeugt und oft mit aggressiven Verkaufsmethoden auf den Markt geworfen werden.

Sowohl die relativ mäßigen Exportzuwächse als auch die übermäßigen Importsteigerungen weisen darauf hin, daß unsere *industrielle Produktionsstruktur* große *Schwächen* aufweist. Diese aber sind, zu einem Teil wenigstens, *eine Folge der wachsenden Diskriminierung der österreichischen Exporte in der EWG.*

Die österreichische Exportwirtschaft hatte jahrelang ungefähr die Hälfte ihrer Produkte in die EWG-Länder exportiert. Die immer stärkere Diskriminierung österreichischer Waren im EWG-Raum, die bei Fertigwaren bereits 15% bis 25% des Preises beträgt, führte dazu, daß sich viele Exporte nicht mehr lohnen oder nur noch geringe Gewinne abwerfen. Die empfindliche Schmälerung der Gewinne lähmte zwangsläufig die Investitionstätigkeit. Wahrscheinlich ist die äußerst bedenkliche *Stagnation der österreichischen Industrieinvestitionen* in den letzten fünf Jahren (die Industrie investierte von 1962 bis 1965 durchschnittlich um 10% bis 20% weniger als 1961) hauptsächlich *eine Folge der Diskriminierung der österreichischen Exporte in der EWG.*

Die von diesen Diskriminierungen verursachten *Verluste der österreichischen Wirtschaft* lassen sich vielleicht auch mit folgenden Überlegungen veranschaulichen:

Von 1953 bis 1958, also noch *vor* Gründung der EWG, waren die Exporte Österreichs in die EWG und die Exporte der EWG-Länder

untereinander ungefähr gleich stark gestiegen. Von 1958 bis 1965, also *seit* der Gründung der EWG, hat sich der Intra-EWG-Handel mehr als verdreifacht, während die österreichischen Exporte in die EWG nur um 64% gestiegen sind. Wenn Österreich vom Anfang an in der EWG gewesen wäre und sich sein Handel mit den übrigen EWG-Partnern nicht verdreifacht, sondern nur verdoppelt hätte, ähnlich wie sein Außenhandel mit der EFTA (also eine eher vorsichtige Annahme), dann hätte Österreich seine Exporte in die EWG nicht um 7¹/₂ Mrd. S, wie es tatsächlich geschehen ist, sondern um 15 Mrd. S erhöht. Im Verlauf dieser mächtigen Exportausweitung hätte Österreich die Schwächen seiner Wirtschaftsstruktur ziemlich reibungslos beseitigen und einen guten Teil der wirtschaftlichen Probleme, die uns heute schwer zu schaffen machen, lösen können.

Die österreichischen Exporte in die EFTA sind von 1958 bis 1965 um fast 100% oder rund 5 Mrd. S gestiegen; das ist ein ausgezeichnetes Ergebnis, aber kein ausreichender Ersatz für den Verlust, den Österreich als Außenseiter der EWG in Kauf nehmen mußte.

Ich fasse meine *Diagnose* der wirtschaftlichen Lage Österreichs kurz zusammen:

Die österreichische Wirtschaft wächst seit zwei Jahren nur um 3% bis 4%, während Löhne, Gehälter und Masseneinkommen jährlich um 9% bis 10% steigen. Im nächsten Jahr wird die Wirtschaft voraussichtlich nur noch um 1% bis 3% wachsen.

Die Hauptursache sind *strukturelle Schwächen*, zahlreiche *unge löste Probleme der Wirtschaftspolitik*, die auf die eine oder andere Weise das Wirtschaftswachstum hemmen, sowie die zunehmende *Dis kriminierung der österreichischen Exporte in die EWG*.

Das ständige Überfordern des Sozialproduktes mit Ansprüchen aller Art hat die „*Preis-Lohn-Schraube*“ in Gang gesetzt, die sich bereits rascher dreht als in anderen Ländern.

Österreichs *Leistungs- und Zahlungsbilanz* hat seit zwei Jahren nicht nur ein vorübergehendes, sondern offensichtlich bereits *struk turelles Defizit*.

Das ist, in dürren Worten, die Lage der österreichischen Wirtschaft an der Jahreswende 1966/67. *Was soll die Wirtschaftspolitik in dieser Situation unternehmen?*

Für „mittleren“ Kurs der Wirtschaftspolitik

In den letzten Monaten ist über die Probleme der österreichischen Wirtschaft viel diskutiert und geschrieben worden. Im Streit der Meinungen kristallisierten sich, wenn man so sagen darf, zwei „Schulen“ heraus: die „*expansionistische*“ und die „*restriktionistische*“. Beide zielen auf stärkeres Wirtschaftswachstum, beide sind sich einig, daß die Schwächen der österreichischen Wirtschaftsstruktur beseitigt werden müssen, beide sind im Grunde gegen die Inflation. Die beiden „Schulen“ unterscheiden sich jedoch darin, daß die eine dem *Wirtschaftswachstum* und die andere der *Geldwertstabilität* Vorrang einräumt.

Die „Expansionisten“ wollen durch Vermehrung der Kredite und Staatsausgaben ein rascheres Wirtschaftswachstum erzwingen und hoffen, daß auf diese Weise, gewissermaßen durch eine „Flucht nach vorne“, das Wirtschaftsvolumen in die steigenden Preise hineinwächst. Die „Restriktionisten“ wollen zunächst durch eine zurückhaltende Kredit- und Budgetpolitik den übermäßigen Preis-Lohn-Auftrieb stoppen und erst dann, wenn das Inflationsklima verschwunden ist, die kredit- und budgetpolitischen Zügel lockern, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

Der Gegensatz zwischen „Expansionisten“ und „Restriktionisten“ wurde in den letzten Monaten von fähigen Journalisten und temperamentvollen Intellektuellen etwas hochgespielt und hat anscheinend auch politische Funktionäre beeindruckt.

Es wäre Zeit, daß die beiden kontroversen „Schulen“ ihre Argumente im Lichte der jüngsten Erfahrungen überprüfen und sich über einen „*mittleren*“ Kurs verständigen, d. h. über eine Wirtschaftspolitik, die prinzipiell *Wachstum und Stabilität als gleichrangige Ziele* betrachtet, aber nach der zur jeweiligen wirtschaftlichen Konstellation das eine oder das andere Ziel stärker betont.

Dieser „*mittlere*“ Kurs bedeutet nicht, wie fälschlich behauptet wurde, die „Beibehaltung der heutigen Wirtschaftspolitik“, wobei unterstellt wird, daß diese weder Fisch noch Fleisch, weder konsequent expansiv noch konsequent restriktiv sei, ein Kurs also, der Leuten, die nur im Extremen denken, auf die Nerven geht.

Dieser „mittlere Kurs“, den ich befürworte, ist keineswegs statisch, sondern sogar in hohem Maße dynamisch; er erfordert schöpferische Phantasie, verbunden mit nüchternem Sachverstand, ein vorurteil-freies, undoktrinäres, empirisch-pragmatisches Herangehen an die Probleme, die Bereitschaft, aus Erfahrungen zu lernen, kurzum einen gesunden Pragmatismus, der nicht verwechselt werden darf mit Opportunismus oder Mangel an Grundsätzen und Zielstrebigkeit.

Auch ich bin für möglichst hohes Wirtschaftswachstum

Nur wenn es gelingt, die produktiven (geistigen und materiellen) Kräfte im Land optimal zu entfalten, ist es möglich, den ständig steigenden Ansprüchen an das Sozialprodukt gerecht zu werden, den Lebensstandard zu verbessern, die soziale Wohlfahrt zu erhöhen, Wissenschaft und Forschung ausreichend zu dotieren, die Künste zu pflegen und nicht zuletzt eine glaubwürdige Landesverteidigung aufzubauen.

Nur eine dynamische Wirtschaft bietet der Jugend lohnende Entfaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten und verhindert, daß die fähigsten und initiativsten Köpfe abwandern.

Nur auf dem Boden einer gesunden, wachstumskräftigen Wirtschaft kann Österreich wieder geistig-kulturelles Strahlungszentrum im Herzen Europas werden und zur Verständigung der Völker in Ost und West beitragen.

Auch ich schließe nicht aus, daß in der österreichischen Wirtschaft ein *Wachstumspotential* von jährlich real 5% und vielleicht noch mehr steckt, obwohl die Zahl der Erwerbstätigen sinkt, hinken wir doch um 20% bis 50% hinter dem Lebensstandard der hochentwickelten westeuropäischen Industriestaaten einher.

Aber ich bin in der gegenwärtigen Konjunktur- und Strukturlage Österreichs strikte dagegen, daß man dieses *mögliche* Wachstum schon verteilt, ehe es noch das ist, und darauf läuft die nicht an der Produktivität, sondern am *möglichen* Wachstum orientierte Lohnpolitik hinaus. Über diesen Weg ließe sich reden, wenn durch die Peitsche hoher Lohnforderungen der Produktivitätsfortschritt tatsächlich kurzfristig beschleunigt werden könnte. Das ist aber nicht der Fall. Gerade die letzten beiden Jahre haben gelehrt, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen von jährlich 10% nicht das Wachstum, sondern die Inflation stimulieren, daß sie eine Verbesserung der Produktionsstruktur und

eine Umschichtung von Arbeitskräften aus minderleistungsfähigen oder gar defizitären Bereichen in expansionsfähige nicht erleichtern, sondern erschweren. Für viele Unternehmer, die nicht unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz stehen, sind Lohnerhöhungen ein willkommenes Argument, von der Paritätischen Kommission höhere Preise zu verlangen.

Wir müssen daher einen anderen Weg einschlagen.

Worin besteht dieser andere Weg, dieser „mittlere“ Kurs der Wirtschaftspolitik, konkret? Ich kann diese Fragen in meinem Vortrag natürlich nur skizzenhaft beantworten.

Zunächst möchte ich klarstellen, daß in der *gegenwärtigen* Situation, in der Löhne und Preise übermäßig steigen, Strukturschwächen verbreitet sind, die Leistungsbilanz ein hohes Defizit aufweist und fast alle westeuropäischen Staaten den Geldwert stabilisieren und ihre Konjunktur dämpfen, „mittlerer“ Kurs nicht mehr bedeutet, daß unsere Wirtschaftspolitik jede auch nur vorübergehende Konjunkturschwäche mit allen Mitteln zu vermeiden sucht und die Schleusen der Budget- und Währungspolitik bereits dann weit öffnet, wenn das Wirtschaftswachstum unter die magische Zahl von 4% zu sinken droht. Diese Politik hätte man vielleicht noch an der Jahreswende 1965/66 als „mittleren“ Kurs empfehlen können, heute nicht mehr. Der „mittlere“ Kurs ist eben kein wirklichkeitsfremdes, ideologisches, sondern ein *pragmatisches Konzept*.

In der *gegenwärtigen* Situation scheint mir die von der passiven Zahlungsbilanz ausgehende *Dämpfung der Konjunktur* bis zu einem gewissen Grad *notwendig* zu sein, um die innere und äußere finanzielle Stabilität der österreichischen Wirtschaft herzustellen. Die schwache Konjunktur dämpft die Einkommenswartungen und erschwert die Überwälzung höherer Kosten auf die Preise. Gleichzeitig entlastet sie die Zahlungsbilanz, da der Importbedarf sinkt und sich die Unternehmungen stärker um die Exportmärkte bemühen müssen. Es scheint mir daher *kein nationales Unglück* zu sein, wenn das reale Nationalprodukt in den nächsten beiden Jahren real nur etwa um 1% bis 3% steigt.

Die Phase relativ mäßigen Wirtschaftswachstums müßte allerdings *intensiv genützt werden*, um die österreichische Wirtschaft durch *Beseitigung struktureller Schwächen* und mit Hilfe einer kräftigen *Ex-*

portoffensive auf einen neuen Wachstumspfad zu führen, auf dem längerfristig vielleicht ein jährliches Wachstum von real 5% und mehr erreicht werden könnte.

Der „mittlere“ Kurs unterscheidet sich vom konsequent „restriktiven“ Kurs dadurch, daß dieser Preisstabilität und Zahlungsbilanzausgleich *allein* durch eine rigorose Konjunkturdämpfung erzwingen will und daher der Wirtschaftspolitik empfiehlt, so lange zu bremsen, bis empfindliche Produktionsrückschläge und Arbeitslosigkeit das nötige Maß an finanzieller Stabilität sichern. Eine solche „Roßkur“ ist in Österreich, zum Unterschied von England, derzeit weder notwendig, noch — im Hinblick auf die längerfristigen Wachstumsziele der österreichischen Wirtschaft — zweckmäßig.

Ich bin vielmehr überzeugt, daß eine vorübergehende und mäßige Dämpfung der Konjunktur genügen würde, die österreichische Wirtschaft zu sanieren und eine neue kräftige Wachstumsphase einzuleiten.

Konkret gesprochen, erfordert der „mittlere Kurs“ eine *akkordierte Einkommens-, Budget-, Währungs- und Kreditpolitik*.

Weitere Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik sind die *zielbewußte Beseitigung struktureller Schwächen* und eine ehestmögliche *Exportoffensive*.

Schließlich ist ein Mindestmaß an *Koordination der verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen* notwendig.

Akkordierte Einkommens-, Budget-, Währungs- und Kreditpolitik

Der „mittlere Kurs“ steht und fällt mit der *Einkommenspolitik*.

Es ist keine große Kunst, einen inflatorischen Preis-Lohn-Auftrieb durch drastische währungs- und kreditpolitische Maßnahmen zu stoppen und, wenn auch nur vorübergehend, eine Schrumpfung der Wirtschaft und größere Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen.

Der „mittlere“ Kurs versucht, die Lohn-Preis-Dynamik zu dämpfen, und sich nach Möglichkeit nicht der „ehernen“ Gesetze der Wirtschaft (Depression und Arbeitslosigkeit) zu bedienen. Er will Geldwertstabilisierung ohne drastische Arbeiterentlassungen und ohne Verzicht auf ein wenigstens mäßiges Wirtschaftswachstum.

Dieses Vorhaben kann nur gelingen, wenn Löhne und Gehälter nicht mehr steigen als das reale Sozialprodukt (nehmen wir an: 4%) plus einer Preissteigerungsrate von 2%, die noch hingenommen werden kann

Praktisch bedeutet dies, daß Löhne und Gehälter *künftig* jährlich maximal nur 6% steigen dürften, damit die Rate der Preiserhöhung auf 2% gedrückt werden kann. Gegenwärtig wird diese Aufgabe dadurch erschwert, daß bereits im *Jänner 1967* die Löhne etwa 10% und die Preise etwa 5% höher liegen werden als im Vorjahr; das heißt, selbst wenn meine Leitlinie befolgt würde, würden im Jahresdurchschnitt 1967 die Löhne um 8% und die Preise um 4% bis 5% höher sein als 1966.

Die Früchte des „mittleren Kurses“ können daher erst 1968 reifen.

Dieses Konzept, das Stabilisierung bei vorübergehend mäßigem Wachstum im Auge hat, kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Sozialpartner über die *Einkommenspolitik* in den nächsten beiden Jahren *verständigen*. Auf der einen Seite dürften Löhne und Gehälter nicht mehr als 6% steigen; auf der anderen Seite müßten die Unternehmer zur Kenntnis nehmen, daß ihre Preiserhöhungsanträge bei der Paritätischen Kommission scharf unter die Lupe genommen werden. Nötigenfalls müßte sich die Regierung einschalten und durch gezielte Zollsenkungen und andere Maßnahmen (z. B. der Kartell- und Wettbewerbspolitik) Preiserhöhungen verhindern oder zumindest erschweren.

Wenn man sich zu einer Zäsur in der Preis-Lohn-Politik entschließt, sind *Härten* unvermeidlich. Es gibt Gruppen, die gerade noch vor der neuen Vereinbarung hohe Forderungen durchsetzen konnten, wie die Molkerei- und Brotarbeiter auf der Lohnseite, oder der Bund und die Gemeinde Wien auf der Preisseite, und es gibt Gruppen, die ihre berechtigten Forderungen nicht mehr durchsetzen können. Für solche Fälle wäre ein „Härteausgleich“ zu überlegen

Unter der Voraussetzung, daß sich die Sozialpartner über eine realistische Einkommenspolitik einigen, könnte die *Währungspolitik* ohne ernste Bedenken ihren restriktiven Kurs lockern und die Liquiditätsverluste, welche die Wirtschaft durch das Zahlungsbilanzdefizit erleidet, teilweise kompensieren und dem ständig steigenden Bargeld-

bedarf Rechnung tragen. Auf diese Weise könnte man ein Wirtschaftswachstum von 2^o/_o bis 3^o/_o finanzieren, ohne die Inflation anzufachen.

Sollten sich die Sozialpartner aber nicht einigen, dann müßte die Nationalbank notgedrungen an ihrem restriktiven Kurs festhalten.

Ähnliches gilt für die *Budgetpolitik*: Wenn die Sozialpartner bereit und imstande sind, in eigener Regie den Preis-Lohn-Auftrieb einzudämmen, dann soll der Finanzminister die im *Budget* geplanten Ausgaben für Investitionen *nicht* kürzen, auch wenn die Einnahmen hinter den Erwartungen zurückbleiben, was im nächsten Jahr durchaus möglich ist.

In dem Maße, wie es durch die Einkommenspolitik und eine vorsichtige, aber nicht übermäßig restriktive Währungs- und Budgetpolitik gelingt, Leistungs- und Zahlungsbilanz wieder auszugleichen, können die Zügel gelockert und die Nachfrage möglichst in jene Richtung gelenkt werden, in der auf längere Sicht mit einer höheren mittelfristigen Wachstumsrate der Produktion gerechnet werden kann.

Die *Budgetpolitik* sollte der industriellen Investitionstätigkeit nicht nur durch eigene *öffentliche Investitionen* Impulse geben, sondern *zusätzlich Investitionsanreize* schaffen.

Ich habe keine Bedenken, und ich sehe die Welt der Marktwirtschaft nicht zusammenbrechen, wenn steuerliche Anreize nicht global auf die gesamte Wirtschaft ausgestreut, sondern zunächst bewußt auf Rationalisierungs- und Erweiterungs-Investitionen der *Industrie* beschränkt werden, die in erster Linie zum Wachstum der gesamten Wirtschaft beitragen. Auch die *Forschung* müßte viel stärker als bisher steuerlich begünstigt werden. Ich könnte mir zudem vorstellen, daß es eine *Ausfuhrvergütung* nicht nur für Warenlieferungen, sondern auch für Patente, Lizenzen, Beratungen im Ausland u. ä. gibt.

Die *Kreditpolitik* müßte mit Rücksicht auf die Wachstumserfordernisse unserer Industrie *neue Ideen* entwickeln. Eine generelle Kreditausweitung allein dürfte nur geringen zusätzlichen Nutzen stiften. Wir hatten in den letzten Jahren eine starke Kreditausweitung, die nicht ausreichend mit der passiven Zahlungsbilanz begründet werden kann. Wir investieren auch, bei einer Investitionsrate von 26^o/_o, eine ganze Menge, aber offensichtlich, wie das mäßige Wirtschaftswachstum verriet, nicht optimal.

Unsere *Industrie*, die private ebenso wie die verstaatlichte, braucht, um expandieren zu können, *langfristige Kredite* und *Beteiligungskapital*. Auch ich vertrete den Standpunkt, daß private und verstaatlichte Industrie zu gleichen Wettbewerbsbedingungen arbeiten und konkurrieren müssen. Trotzdem habe ich gegen eine Aufstockung und Aufwertung des *Investitionsfonds* der verstaatlichten Industrie keine Bedenken. Ich denke da nicht nur an eine Aufstockung aus Budgetmitteln und Gewinnen der Unternehmungen, sondern vor allem an das Geld der Kapitalsammelstellen (Sparkassen und Versicherungen). Die Auswahl der eingereichten Investitionsprojekte müßte allerdings, unter der Patronanz der neuen Industrie-Verwaltungs-Gesellschaft, von erstklassigen Experten nach strengen kaufmännischen Kriterien erfolgen.

Der *privaten Industrie* sollten für chancenreiche Projekte, auch wenn sie nicht den herkömmlichen Sicherheitsansprüchen genügen, ausreichende Finanzierungsmittel bereitgestellt werden. Zu diesem Zweck könnten Institute, die sich bereits auf die Investitionsfinanzierung der Industrie spezialisiert haben, ausgebaut werden

Für die *Exportindustrien* sollte man sich etwas besonderes einfal- len lassen, nicht nur staatliche Garantien, die den Exporteuren jedes Risiko abnehmen.

Was ich hier vorgebracht habe, sind nur Anregungen, die ich zur Diskussion stellen möchte, ich habe keine detaillierten Rezepte anzubieten. Fest steht, daß sich Budget- und Kreditpolitik angesichts ihrer neuen Aufgaben von überholten Vorstellungen lösen und neue Initiativen entwickeln müssen

In letzter Zeit wurde viel über ein „Big bargain“ zwischen den Sozialpartnern gesprochen und geschrieben.

Dieser Ausdruck gefällt mir nicht. Er könnte den Eindruck erwecken oder gar die Illusion nähren, daß es sich hier um ein „Großes Feilschen“ handelt, bei dem sich die Sozialpartner auf Kosten eines Dritten, nämlich des Finanzministers, verständigen, indem dieser gezwungen wird, durch eine übermäßige Lohn- und Einkommensteuer- senkung die Zeche zu zahlen. So dürfte das „Big bargain“ jedenfalls nicht ausschauen. Wir alle, die ganze „Familie Österreicher“, müssen uns zwei Jahre lang wirklich etwas einschränken, d. h. müßten bloß

etwas weniger anspruchsvoll sein, damit wir in absehbarer Zukunft um so rascher vorankommen.

Das „*Big bargain*“ soll vielmehr, wie ich schon sagte, ein *akkordiertes Bündel einkommens-, budget-, währungs- und kreditpolitischer Maßnahmen* bedeuten und der österreichischen Wirtschaft eine etwas längere *Atempause* (von etwa zwei Jahren) verschaffen, in der sie durch systematische *Strukturverbesserungen* und mit Hilfe einer starken *Exportoffensive* auf einen steileren Wachstumspfad gelenkt wird.

Beseitigung von Strukturschwächen

Das Kardinalproblem Nr. 1 ist die *Beseitigung der Strukturschwächen*. Bundeskanzler *Klaus* hat vor wenigen Tagen in einer Veranstaltung der Vereinigung Österreichischer Industrieller mit Recht Struktur- und Wachstumspolitik identifiziert.

Tatsächlich hat die Regierung *Klaus* in den letzten Monaten viele Strukturprobleme angepackt, darunter so wichtige wie die *Reform der verstaatlichten Industrie* und die *Sanierung und Kommerzialisierung der ÖBB*.

Hunderte von unabhängigen Fachleuten arbeiten zur Zeit an verschiedenen strukturpolitischen Projekten und bemühen sich, sachgerechte Lösungen zu finden. Ein *Straßenbaukonzept* soll den Erfordernissen einer wachsenden Wirtschaft Rechnung tragen. Ein *Energieplan* soll auf lange Sicht eine optimale Energieversorgung gewährleisten.

Ein Beirat für Arbeitsmarktpolitik soll Grundlagen und Orientierungsbehelfe für eine *aktive Arbeitsmarktpolitik* erarbeiten und die Umschichtung von Arbeitskräften erleichtern.

Die *Unterrichtsverwaltung* operiert bereits mit einem langfristigen Plan, der den Bedarf an Arbeitskräften verschiedener Qualifikation im Hinblick auf die Bedürfnisse einer wachsenden Wirtschaft berücksichtigt.

Eine große *Steuerreform* wird vorbereitet, die sich nicht nur auf eine Senkung der inflationsbedingt überhöhten *Steuerprogression* beschränkt, sondern auch die *Steuerstruktur* verbessern soll. Außerdem soll an Stelle der tausend Sonderbegünstigungen, die im Laufe der

Zeit gewährt wurden und bloß den Steuertarif aushöhlten, ohne das Wirtschaftswachstum zu fördern, eine *massive Senkung der Steuerprogression* bis weit in die mittleren Einkommensstufen treten (Ein Steuervergleich mit anderen Ländern zeigt das groteske Bild, daß Österreich auf dem Papier so ziemlich die höchsten Steuertarife hat, die Länder mit viel niedrigeren Steuersätzen aber *effektiv* viel höhere Steuererträge erzielen)

Die *Verwaltungsreform* wird zielstrebig weiter betrieben. Sie soll die verschiedenen Kompetenzen klarer abgrenzen, Arbeitsvorgänge vereinfachen und teilweise mit Hilfe von elektronischen Maschinen rationalisieren, Arbeitskräfte einsparen und dadurch eine bessere Honorierung der produktiver eingesetzten Kräfte ermöglichen. Schließlich soll die unheilvolle Verfilzung von Wirtschaft und Hoheitsverwaltung, die der soeben vorgelegte „Autobahnbericht“ des Rechnungshofes an den Pranger stellt, gründlich studiert und eine produktivere und für Menschen, die zur Sünde neigen, weniger anfällige Zusammenarbeit zwischen beiden Bereichen gefunden werden.

Die Unzukömmlichkeiten in der Bauwirtschaft dürften den letzten Anstoß für eine grundlegende *Reform der Bau- und Wohnungswirtschaft* gegeben haben.

Schließlich soll ein großes *regionalpolitisches Konzept* erarbeitet werden, das Bund, Länder und Gemeinden als Grundlage für eine langfristige Strukturpolitik dienen soll.

Es ist mir nicht möglich, auf die einzelnen strukturpolitischen Probleme näher einzugehen. Nur zur *Reform der verstaatlichten Industrie* muß ich ein paar Worte sagen:

Man kann nicht oft genug betonen, daß es sich hier um ein Problem handelt, das für die Zukunft Österreichs lebenswichtig ist. Ich habe darauf schon in meinem letzten Vortrag im Konzerthaus eindringlich hingewiesen.

Erfreulicherweise wurde gerade auf diesem so schwierigen, vielschichtigen, von doktrinären Vorurteilen heimgesuchten Gebiet in den letzten achteinhalb Monaten außergewöhnlich Ersprießliches geleistet. Die einzelnen Betriebe wurden sachkundig unter verschiedenen Gesichtspunkten untersucht, die Möglichkeiten und Voraussetzungen ihrer weiteren Entwicklung nüchtern beurteilt und pragmatisch für verschiedene Branchen und Betriebsgruppen konstruktive Lösungen

ins Auge gefaßt Schließlich wurde Anfang Dezember im ÖIG-Gesetz (Österreichische Industrie-Verwaltungs-Ges. m b H) im großen und ganzen eine gute Konstruktion gefunden, und was vielleicht das Wichtigste ist, es scheint, daß im bürgerlichen wie im sozialistischen Lager der gute Wille vorhanden ist, der verstaatlichten Industrie auf die Beine zu helfen.

Obwohl es nicht üblich ist, daß das Institut ein einzelnes Unternehmen ausdrücklich apostrophiert, möchte ich in Zusammenhang mit der Reform der verstaatlichten Industrie eine Ausnahme machen und die *Stickstoffwerke-Linz* als „Modellfall“ erwähnen: Dort ist ein hervorragendes Management am Werke (der Generaldirektor ist Sozialist), das Unternehmen ist aus eigenen Kräften aus der „Monokultur“ Stickstoffdünger in die weiten und vielfältigen Bereiche der wachstumskräftigen Chemie vorgestoßen (Pflanzenschutzmittel, Pharmazeutika, Klebstoffe, Kunststoffe u. a. m.) und wird mit der ÖMV, Danubia-Petrochemie und der Badischen Anilin enger zusammenarbeiten, um sich neue Expansionsmöglichkeiten zu erschließen. Besonders bemerkenswert ist die Bereitschaft, sich mit einem leistungsfähigen ausländischen Unternehmen zu verbinden. Die Stickstoffwerke sind ein außergewöhnlich forschungsbewußtes Unternehmen, das jährlich hohe Beiträge (durchschnittlich 60 Mill. S) für Forschung ausgibt und in den letzten fünf Jahren fast 600 Patente angemeldet hat, davon 75% im Ausland. Die Stickstoffwerke sind auch insofern ein „Modellfall“, als ihre Kapitalbasis längst zu schmal geworden ist und die eigenen Gewinne nicht ausreichen, die zukunftssträchtigen Projekte und Ideen, die im Schoß des Unternehmens herangereift sind, zu verwirklichen.

Lassen Sie meine Phantasie einen Augenblick in die Zukunft schweifen: Ich könnte mir denken, daß die Stickstoffwerke, wenn sie nicht von doktrinären Parteipolitikern gehindert werden, im Laufe der Zeit immer größer und einer jener modernen Industriekonzerne werden, die unser Land mit seiner allzu konservativen kleinbetrieblichen Industriestruktur so nötig hätte, Schrittmacher für hunderte andere Betriebe, ähnlich wie in anderen Ländern (Philips und Unilever in Holland, Nestle in der Schweiz, usw.). Ich bin keineswegs in die Stickstoffwerke verliebt! Ich habe sie nur als Beispiel vorgeführt. Ich bin überzeugt, daß es in Österreich noch andere vor allem auch private Unternehmungen gibt, die mit ihren Aufgaben wachsen und inter-

nationale Bedeutung erlangen könnten. Die Wirtschaftspolitik sollte solche Möglichkeiten fördern.

Man hat der Regierung *Klaus* zu Unrecht den Vorwurf gemacht, daß sie sich zu viel auf einmal zumute und ihre Kräfte überfordere und verzettele. Zu Unrecht deshalb, weil die meisten Strukturprobleme überfällig sind, weil sie, wenn sie nicht endlich angefaßt und einer Lösung zugeführt werden, unaufhörlich weiterschwären und die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft immer stärker lähmen.

Trotz dieser grundsätzlichen positiven Beurteilung möchte ich vor *übertriebenen Erwartungen warnen*. Wiewohl die neue Regierung auf strukturpolitischem Gebiet ein atemberaubendes Tempo vorgelegt hat, darf man nicht damit rechnen, daß die meist erst angebahnten oder überhaupt erst beabsichtigten strukturpolitischen Maßnahmen rasche Früchte in Form erhöhten Wirtschaftswachstums tragen werden. Strukturpolitik ist ein langfristiges Unternehmen, ihre Früchte reifen in der Regel nur langsam.

Ich komme nun zum zweiten Schwerpunkt einer zielbewußten Konjunktur- und Wachstumspolitik in Österreich: Ich denke an eine kräftige *Exportoffensive*, in Verbindung mit einem EWG-Abkommen.

Exportoffensive

Erinnern wir uns, daß die österreichische Wirtschaft schon einmal in einer kritischen Phase, nach der Stabilisierung des Schillings im Jahre 1952 (Preise und Löhne waren damals jährlich um 30% bis 40% gestiegen), dank einer *Exportoffensive* mit ihren konjunkturellen und strukturellen Schwierigkeiten glänzend fertig geworden ist. Die Stabilisierung der Währung (in Verbindung mit einer Angleichung der verschiedenen Wechselkurse) und der Exportboom legten damals den Grundstein für den mächtigen Aufschwung der österreichischen Wirtschaft in den fünfziger Jahren, der mit Abschwächung bis zum heutigen Tag angehalten hat.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation ist natürlich nicht in allen Einzelheiten mit der damaligen Situation vergleichbar. Aber es gibt, richtig interpretiert, viele Parallelen.

Damals gab es als Folge der Stabilisierung vorübergehend 300.000 Arbeitslose, die in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden konnten.

und ein ungewöhnlich rasches Wachstum ermöglichten. *Heute* herrschen Vollbeschäftigung und Mangel an Arbeitskräften. Aber ich behaupte, daß gegenwärtig mindestens ein Drittel aller Arbeitskräfte nicht günstig beschäftigt ist und auf anderen Arbeitsplätzen viel mehr leisten und zum Wirtschaftswachstum beitragen könnte.

Damals schufen die rigorose Stabilisierung des Schillings und die Festsetzung eines für den Export vorteilhaften Wechselkurses günstige Voraussetzungen für eine Exportoffensive. *Heute* könnte ein ähnliches Ergebnis schon mit einer relativen Stabilität des Schillings und mit einer *raschen Beseitigung der Diskriminierung* der österreichischen Exporte in der EWG erreicht werden.

Daher ist ein möglichst rasches und wirksames *Abkommen Österreichs mit der EWG von ausschlaggebender Bedeutung*.

Wie stehen die Chance für ein solches Abkommen? Wie soll dieses Abkommen aussehen?

Ich habe das Gefühl, daß für Österreich zur Zeit eine „Sternstunde“ geschlagen hat, die wir nützen könnten, wenn Regierung und Parlament, unterstützt von der öffentlichen Meinung, realistisch und rasch handeln.

Über diese Äußerung wird mancher überrascht sein, habe ich doch bis vor kurzem kein Hehl daraus gemacht, daß ich die bisherigen Verhandlungen in Brüssel, wiewohl sie von hervorragenden Fachleuten geführt werden und auf beiden Seiten guter Wille besteht, für nicht zielführend halte.

Ich vertrete nach wie vor den Standpunkt, daß ein Industrieland wie Österreich im Falle einer engen Assoziation mit dem Gemeinsamen Markt Sitz und Stimme in den verschiedenen Institutionen der EWG haben muß. Da Österreich nahezu alle Schritte auf dem Wege zu einer wirtschafts- und sozialpolitischen Union mitmachen müßte (mit geringen Ausnahmen, die sich aus seiner Neutralitätsverpflichtung ergeben), müssen ihm auch das Recht und die Möglichkeit eingeräumt werden, im vielfältigen und langwierigen Integrationsprozeß in den verschiedenen Institutionen der EWG aktiv mitzuwirken und mitzubestimmen. Dafür gibt es keine Ersatzlösungen.

Nun aber taucht unerwartet eine neue Möglichkeit auf.

Obwohl der sowjetische Staatschef *Podgorny* Mitte November in Wien jedes Abkommen Österreichs mit der EWG abgelehnt hat und

bald darauf auch die Gespräche General *de Gaulles* mit Ministerpräsident *Kossygin* in Paris über Österreichs Absichten nicht sehr günstig verlaufen sind, hat der *EWG-Ministerrat* am 7. Dezember ein *begrenztes Mandat* zur Weiterführung der Verhandlungen mit Österreich erteilt; die erste Verhandlungsrunde hat vom 13. bis 16. Dezember gedauert.

Das neue Mandat beschränkt sich auf die Errichtung einer *Zollunion*, auf den Osthandel und auf die *Agrarpolitik*.

Über die *Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken* und die Schaffung geeigneter *Institutionen* soll später verhandelt werden

Bemerkenswert war die Erklärung des französischen Außenministers *Couve de Murville*, anlässlich der Erteilung des Verhandlungsmandates, daß es sich beim Arrangement Österreichs mit der EWG nur um eine *wirtschaftliche*, nicht aber politische Bindung an die Gemeinschaft handeln könne.

Wo ist nun der „Silberstreifen“ zu sehen, werden Sie fragen?

Bitte folgen Sie meinen Überlegungen: Wenn es mit der Unterstützung Frankreichs, das uns wohlgesinnt ist und als Signatarmacht des Österreichischen Staatsvertrages eine besondere Verantwortung trägt, möglich wäre, die österreichischen Verhandlungen mit der EWG in *zwei Etappen* zu zerlegen, und wenn bereits über die Verhandlungsergebnisse der *ersten Etappe*, für die bereits ein Verhandlungsmandat erteilt wurde, ein *Vertrag* zustande kommen könnte, dann hätten wir schon gewonnen.

Denn das neue Mandat enthält praktisch alles, was wir zunächst für eine kräftige *Exportoffensive* brauchen: Eine *Zollunion* mit der EWG (einschließlich Montanunion), die *Harmonisierung der Agrarpolitik* und die *Regelung des Osthandels*.

Über alle diese Materien herrscht, nicht zuletzt dank den bisherigen Verhandlungen, in hohem Maße Klarheit und Übereinstimmung, hier ist so gut wie alles „überschaubar“ und daher institutionell unproblematisch und rasch lösbar.

Die Verhandlungen über diesen Fragenkomplex könnten in wenigen Monaten abgeschlossen und die Ergebnisse vertragsreif formuliert werden.

Natürlich dürfen wir bei den Verhandlungen nicht nur an unsere Interessen und Sonderwünsche denken, sondern müssen auch auf

die legitimen Ansprüche der EWG Bedacht nehmen. Wenn wir kleinlich-egoistisch und verständnislos sind, werden wir unsere besten Freunde in der EWG verstimmen, Widerstände hervorrufen und kostbare Zeit verlieren.

Es ist vorauszusehen, daß die EWG gegen die Zerlegung des Abkommens in zwei Teile, die nicht gleichzeitig rechtskräftig werden, Bedenken haben wird, denn für sie sind Zollunion und Wirtschaftsunion ein unteilbares Ganzes.

Im Grunde hat die EWG vollkommen recht. Eine Zollunion, die nicht durch eine Wirtschaftsunion ergänzt wird, würde durch Wettbewerbsverzerrungen und Verkehrsverlagerungen bald fragwürdig werden.

Österreich sollte daher diesen Standpunkt vorbehaltlos akzeptieren, unseren Freunden in der EWG jedoch klar machen, warum wir als *ersten Schritt* zur Wirtschaftsunion eine *Zollunion* (plus Regelung des Osthandels und gemeinsame Agrarpolitik) bilden wollen. Ich habe die Gründe schon dargelegt. Für diese „Zwischenlösung“ spricht auch der Umstand, daß Sowjetrußland, von Frankreich bestärkt, eine Zollunion Österreichs mit der EWG, wenn gleichzeitig den Bedürfnissen des Osthandels Rechnung getragen wird, höchstwahrscheinlich tolerieren wird.

Im Interesse einer Forcierung der österreichischen Exportoffensive wäre ich dafür, daß *Österreich seine Zölle* nicht erst in vier Jahren, sondern *schon in drei Jahren abbaut* (unsere Unternehmen werden auch mit einer dreijährigen Übergangszeit zu Rande kommen), *wenn die EWG ihre Zölle schon bei Inkrafttreten des Vertrages halbiert.*

Das nächste Verhandlungsmandat wird sich mit der Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken und den Institutionen im Falle einer Wirtschaftsunion zu befassen haben. Ich hoffe, bis dahin reift auf beiden Seiten die Erkenntnis, daß für ein hochentwickeltes Land wie Österreich praktisch nur eine *Assoziation mit Mitbestimmung*, mit anderen Worten eine *Mitgliedschaft mit Neutralitätsvorbehalt* in Betracht kommt. Damit würde auch der „Gordische Knoten“ der österreichischen Mitbestimmung in den EWG-Institutionen gelöst und das größte Hindernis beseitigt, das bisher einem brauchbaren Abkommen Österreichs mit der EWG im Wege stand.

Koordination der verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen

Am *Schluß* möchte ich noch einige Gedanken zum Problem der innerösterreichischen *Koordinierung der verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen* vorbringen.

Wie sollen die verschiedenen konjunktur- und strukturpolitischen Maßnahmen, die ich hier nur andeuten konnte, sachgerecht und zeitgemäß aufeinander abgestimmt werden? Ist das in einer Marktwirtschaft überhaupt möglich? Zudem in Österreich, wo es kein zentrales Wirtschaftsministerium gibt, in dem die meisten Fäden zusammenlaufen, wie in der Bundesrepublik. Bekanntlich ist in Österreich jedes Ministerium für sich ein Imperium, in dem der zuständige Ressortminister letztlich verantwortlich ist (sogenannte „Ministerverantwortlichkeit“). Unter diesen Umständen besteht die Gefahr, daß die Regierung als Ganzes den Überblick verliert und die rechte Hand nicht weiß, was die linke tut. Ist da überhaupt eine Wirtschaftspolitik „aus einem Guß“ möglich?

Ich habe mich mit dieser Problematik schon in meinem letzten Vortrag auseinandergesetzt, als ich für ein langfristiges Konzept der österreichischen Wirtschaftspolitik plädierte.

Ich möchte mich nicht wiederholen, sondern nur kurz daran erinnern, daß auf *Hoheitsebene* das *Finanzministerium*, kraft seiner Funktion die wichtigste Koordinationsstelle ist. Praktisch müssen aber auch *alle anderen Ministerien*, ebenso wie die *Nationalbank*, die großen *Wirtschaftsverbände*, *Kreditinstitute* und *Industrieunternehmen*, ihre verschiedenen Aktivitäten nach übergeordneten Gesichtspunkten koordinieren. Der *oberste Koordinator* der Wirtschaftspolitik ist verfassungsmäßig der *Bundeskanzler* selbst. Vielleicht bilden *Finanzministerium-Nationalbank-Bundeskanzler* die *Achse der wirtschaftspolitischen Koordination*.

Ich möchte das Problem der gesamtwirtschaftlichen Koordination heute aber aus *einer anderen Perspektive* betrachten.

Meine Erfahrungen im Wirtschaftsforschungsinstitut haben mich gelehrt, daß es noch eine andere, nach außen hin weniger sichtbare, aber dennoch sehr wirksame wirtschaftspolitische *Koordination auf Expertenebene* gibt. Die Tätigkeit des Beirates für wirtschafts- und Sozialfragen und seiner Arbeitsausschüsse ist ein gutes Beispiel. Hier

treffen sich die Experten der verschiedenen wirtschaftspolitischen Gremien, der Bundeskammer, der Arbeiterkammer, der Landwirtschaftskammer, des Gewerkschaftsbundes und der Industriellenvereinigung, der Ministerien und der Nationalbank sowie unabhängige Wirtschaftsforscher, um über verschiedene wirtschaftspolitische Probleme zu beraten und gesamtwirtschaftlich vertretbare Lösungen zu suchen. Die aus verschiedenen Lagern kommenden Experten schließen sich zusammen und verfassen in Teamwork wirtschaftspolitische Studien. Das Interessante und Eifreuliche daran ist, daß sich die Experten in der Regel auch über sehr kontroverse Probleme, weil sie die gleiche Sprache sprechen, vernünftig und fruchtbar unterhalten können und häufig zu den gleichen, manchmal auch abweichenden Schlüssen und wirtschaftspolitischen Empfehlungen kommen, die schließlich bei ihren entscheidungsbefugten wirtschaftspolitischen Funktionären landen, wichtige Dinge bei Ministern und Präsidenten.

Ich will die österreichischen Experten im allgemeinen und den Wirtschaftsbeirat und seine Bedeutung im besonderen nicht in den Himmel loben. Es fehlt noch an allen Ecken und Enden, es ist alles noch unzulänglich. Daß die Funktionäre und Minister über die Feststellungen sowie Empfehlungen ihrer Experten nicht immer erbaut sind und mit ihnen manchmal auch wirklich nichts anfangen können, ist nicht das Schlimmste

Viel schlimmer ist, daß es in Österreich viel zuwenig erstklassige Experten gibt, und die wenigen ständig überfordert werden.

Hier muß der Hebel angesetzt werden, wenn wir auf weite Sicht zu einer in viel höherem Maß als heute wissenschaftlich fundierten, sachgerechten, konstruktiven und erfolgreichen Wirtschaftspolitik kommen wollen.

Österreich braucht mehrere Hundert, im Laufe der Zeit vielleicht einige Tausend gründlich ausgebildete, mit den modernen mathematisch-statistischen Methoden vertraute *Nationalökonom*en und *Soziologen*, die ebenso in der Hoheitsverwaltung (in Grundsatzabteilungen) wie in den wirtschaftlichen Verbänden, größeren Industrie- und Handelsunternehmungen, in Banken und Versicherungen, oder auch als Wirtschaftspädagogen und Wirtschaftsjournalisten eine in jeder Hinsicht lohnende Tätigkeit fänden. Natürlich würde dann auch der Weizen des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung blühen

Unter diesen Umständen ist es eigentlich unverständlich, anachronistisch und einer Kulturnation wie Österreich unwürdig, daß es in Österreich bisher nicht möglich war, Nationalökonomie zu studieren. Denn das, was bisher in der dritten juristischen Staatsprüfung an Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik verlangt und geboten wurde, ist völlig unzulänglich, täuscht bloß ein nationalökonomisches Studium vor. Wien war einmal Hochburg der Nationalökonomie und hatte eine weltberühmte „Wiener Schule“. Ihre Nachfahren leben und wirken heute noch in aller Welt. Ich denke an die weltbekannten Professoren der Nationalökonomie *von Mises, Hayek, Haberler, Morgenstern, Machlup, Tintner* u. a. Ich bin stolz, daß alle diese Persönlichkeiten aus *unserem* Institut hervorgegangen sind, das zufällig fast auf den Tag genau (15. Dezember 1926), vor 40 Jahren, von Professor *von Mises* gegründet und in der Folge von den Professoren *Hayek* und *Morgenstern* geleitet wurde.

Es war höchste Zeit, daß der *österreichische Nationalrat* am 15. Juli den Beschluß faßte, in Österreich eine *sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtung* einzuführen, und zwar auch an der *Wiener Universität*, in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Sofort inskribierten 165 Hörer.

Es kann sich wohl nur um ein bedauerliches Mißverständnis handeln, wenn der Dekan der juristischen Fakultät an der Universität Wien jetzt erklärt, daß die neue Studienrichtung aus Mangel an Raum, Professoren und Geld nicht eingeführt werden könne.

Ich glaube allerdings, daß die neue Studienrichtung Nationalökonomie und Soziologie mit der Hilfswissenschaft mathematische Statistik den alten Rahmen der juristischen Fakultät tatsächlich sprengt. Die große Bedeutung der Nationalökonomie und Soziologie für Staat und Wirtschaft legt dringend nahe, diese moderne Studienrichtung als eigene gleichberechtigte Fakultät neben der juristischen anzuerkennen und für sie ehestmöglich ein eigenes Gebäude in der Nachbarschaft der ehrwürdigen Alma Mater Rudolphina zu errichten.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung Verantwortlich: Prof. Dr. Franz Nemschak Alle 1010 Wien 1, Hoher Markt 9 (Tel. 63 46 66). Druck: Carl Ueberreuter (M. Salzer), 1095 Wien 9, Alser Straße 24

